

Antwort der SPD Freiburg auf die Fragen von Friedenstadt Freiburg:

1. Frieden durch Friedensbildung in Einrichtungen für Bildung und Erziehung

Laut Grundgesetz ist die Bildungspolitik und damit die Lehrplangestaltung Sache der Bundesländer (Kulturhoheit) – dazu bekennen wir uns als Freiburger SPD. Die Schulbesuche der Bundeswehr auf Basis der Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Landeskommmando Baden-Württemberg sollen Schülerinnen und Schüler befähigen, sich mit Fragen internationaler Verständigung und Zusammenarbeit sowie mit unterschiedlichen Strategien der Friedenserhaltung eigenständig auseinanderzusetzen. Schüler:innen sollen dabei lernen, kontroverse Positionen abzuwägen und zu einem eigenen Urteil zu kommen. Ein Werben für den Dienst in der Bundeswehr ist ausdrücklich untersagt.

2. Unterstützung einer Friedenskultur durch internationale Friedensfeste

Der Idee eines jährlich stattfindenden internationalen Friedensfestival für Völkerverständigung steht die SPD Freiburg aufgeschlossen gegenüber. Insbesondere eine Einbeziehung der Partnerstädte in die Planungen könnte einen wichtigen Beitrag auch zur Vertiefung und Festigung der partnerschaftlichen Beziehungen leisten.

3. Frieden durch Vorbilder des Friedens und der Demokratie

Die SPD Freiburg unterstützt insbesondere ein sichtbares Andenken an Rosa Luxemburg – beispielsweise in Form einer Plakette oder eines Friedendenkmals im Stadtgarten in Erinnerung an ihre Rede aus dem Jahr 1914. Dies kann einen wichtigen Beitrag leisten, um ihre pazifistische Rede stärker im öffentlichen Gedächtnis zu verankern.

4. Frieden durch Stärkung der Friedens- und Entwicklungsarbeit

Die SPD Freiburg unterstützt im Rahmen der städtischen Haushaltsberatungen regelmäßig Vereine und Institutionen, die zentrale Netzwerkarbeit in Bereichen der globalen Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit betreiben. Neben einer ideellen Unterstützung der Friedens- und Entwicklungszusammenarbeit hat die SPD-Gemeinderatsfraktion zuletzt eine Erhöhung der institutionellen städtischen Förderung für das Informationszentrum 3. Welt (Iz3W) eingebracht.

5. Intensivierung internationaler Beziehungen und neue Partnerstädte

Die SPD Freiburg steht nach wie vor uneingeschränkt hinter dem Konzept der Städtepartnerschaften – auch als wichtiges Mittel der Aussöhnung und der Verständigung. Wir werden weiterhin den bürgerschaftlich organisierten Austausch in Bereichen wie Kultur, Sport und zwischen Schulen und Jugendlichen stärken. So lassen wir Europa für die Bürgerschaft konkreter werden und überwinden alte Grenzen.

Die Ausnahmesituation im Iran hat uns dazu veranlasst, den Oberbürgermeister aufzufordern, offizielle politische Kontakte der Stadt Freiburg mit der Partnerstadt Isfahan und den dortigen Repräsentanten des politischen Systems einzufrieren sowie Kontakte bis auf weiteres weder zu suchen noch zu erwidern.

6. Frieden durch Förderung der Hilfen für Geflüchtete

Der Weg der Integration von Geflüchteten ist lang und bringt für alle Beteiligten viele Unwägbarkeiten mit sich. Die gemeinsame Kraftanstrengung, alle Geflüchteten human untergebracht und versorgt zu haben, und das bis heute anhaltende konsequente

Engagement tausender Freiburger:innen haben wesentlich mit dazu beigetragen, das Ankommen und die Erstintegration für geflüchtete Menschen positiv zu gestalten. Besonnen, konsequent und zielgerichtet zu handeln, ist die Aufgabe, der wir uns in Freiburg auch in den kommenden Jahren stellen werden. Der Konsens aller politischen und gesellschaftlichen Gruppen, diese Aufgabe gemeinsam zu bewältigen, darf nicht aufgebrochen werden. Das Engagement für Geflüchtete – ehrenamtlich und hauptamtlich – ist die Basis dieses Erfolgs. Freiburg soll weiterhin ein „sicherer Hafen“ für Geflüchtete sein. Wir setzen uns weiterhin für die Aufnahme von Geflüchteten ein, die vor dem Ertrinken im Mittelmeer von (privaten) Seenotrettern gerettet wurden.

7. Frieden durch Friedensforschung

Die SPD bekennt sich zur Wissenschaftsfreiheit.

8. Frieden durch Umstellung auf Produktion für den Frieden

Die Wiederaufnahme bzw. Einrichtung des Arbeitskreises „Rüstungskonversion bei LITEF“ wäre wünschenswert, allerdings kann niemand zur Teilnahme oder Mitarbeit verpflichtet werden.

9. Freiburg als Modellstadt für eine gewaltfreie, soziale Verteidigung

Die SPD Freiburg unterstützt die Idee der Gründung eines unabhängigen, privaten Vereins - analog dem Öko-Institut - zur Erforschung und Entwicklung von nichtmilitärischen Verteidigungsstrategien und Vorbereitungsmaßnahmen.

10. Freiburg als völkerrechtlich geschützte Stadt und atomwaffenfreie Zone

Der Angriffskrieg Russlands sowie die zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verdeutlicht zu gleichen Teilen die Notwendigkeit und die Schwierigkeit einer effektiven Politik der Rüstungskontrolle, der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung. Das wünschenswerte Ziel ist und bleibt eine atomwaffenfreie Welt. Daher werben wir - beginnend in Freiburg - für eine internationale rechtsverbindliche Ächtung des Besitzes von Atomwaffen.